



Eingang 30. Sep. 2014

Bündnis 90/Die Grünen  
Historisches Rathaus  
50667 Köln-Innenstadt

Der Oberbürgermeister  
Bürgeramt Innenstadt

02-114 45

Offenes Schreiben – Kopien an die Medien, den Landschaftsverband etc.

### Beschwerde GO § 24

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
Sehr geehrte Frau Walsken,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

- 1) Ich beschwere mich über den Beschluss des Rates der Stadt Köln, ein Jüdisches Museum zu bauen, aber das Stadtarchiv und die Kunstbibliothek nicht angemessen in einem Gebäude unterzubringen.
- 2) Ich beschwere mich darüber dass Sie Schenkungen für das Stadt Archiv und die Kunstbibliothek angenommen haben, aber die Zusagen gegenüber den Stiftern nicht einhalten.
- 3) Hiermit beschwere ich mich über das Vorhaben, mit einem langfristigen Vertrag mit dem LVR rechtliche Bedingungen einzugehen, die in ihren möglichen Auswirkungen nicht eingeschätzt werden können.
- 4) Ich beschwere mich über die Informationsvorenthaltung der wirklichen Baukosten und unterlassene Aufklärung in diesem wichtigen Entscheidungsprozeß.
- 5) Ich beschwere mich über die Informationsvorenthaltung der Bewirtschaftung und des Controlling in diesem wichtigen Entscheidungsprozeß
- 6) Ich beschwere mich über den größten Teil der Stadträte und Stadträtinnen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, die den Bau des Jüdischen Museums beschlossen haben ohne tiefgehende Kenntnisse erwartbarer Nachteile
- 7) Ich beschwere mich über Die Vorenthaltung des gesamten Bauvorhabens, der Bewirtschaftung, des Controlling bzw. darüber, dass dies nicht zur öffentlichen Einsichtnahme für den Bürger vorliegt
- 8) Ich beschwere mich über die Verweigerung, den Bürgern detailliert zu erklären, warum der größte Teil des Rates den Bussmann-Vorschlag ablehnt und die Verweigerung, die Vor- und Nachteile des von Rot/Grün und FDP geplanten Museumsbau öffentlich mit dem Kölner Bürgern zu diskutieren
- 9) Ich beschwere mich über beschönigende und verharmlosende Aussagen im Schreiben der SPD vom 27.01.2014 bezüglich der Baukosten. Ihnen ist bekannt, dass sich die Planungskosten der geplanten Schulen von 35.000 EUR aus dem Ruderlaufen und mittlerweile ca. 90 Mio betragen und die dreifache Erhöhung nicht im Haushaltsplan eingestellt ist.

10)

Ich beschwere mich darüber dass Sie die weitreichenden und einschneidenden möglichen wirtschaftlichen Folgen nicht sehen wollen und dergestalt verdrängen, dass Sie meine Fragen:

- Wie hoch sind die endgültigen Kosten für den Bau und die Bewirtschaftung des geplanten Jüdischen Museums?
- Wer trägt die Verantwortung, wenn die Kosten zu niedrig geschätzt werden und das bei gehöriger Sorgfalt vorauszusehen gewesen war?
- Welche Konsequenzen für den Haushalt und auch für die Steuerzahler hätte das

11)

Ich beschwere mich über die Auskunft der Regierungspräsidentin, „dass sie keinen Anlass aus kommunalrechtlicher Sicht sieht, einzuschreiten.“ Diese Auskunft ist nicht begründet worden, ist inhaltslos und ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht.

12)

Ich beschwere mich darüber dass die Auskunft der Regierungspräsidentin die Informationsvorenthaltung und die Verweigerung von Herrn Roters und der Räte und Rätinnen, die das Bauvorhaben durchwinken wollen deckt und sie dieses Verhalten nicht hinterfragt und nicht behilflich ist, die möglichst konkreten Kosten für die Bürger Von den Baubefürwortern genannt zu bekommen.

13)

Ich beschwere mich darüber Dass die Benennung von konkreten Baukosten wissentlich verwehrt wird.

14)

Ich rege an dass der Rat in einer namentlichen Abstimmung noch einmal über den Bau des jüdischen Museums darüber befindet, ob der Bau des jüdischen Museums mit allen erwartbaren Konsequenzen letztendlich die Stadt in noch höhere Schulden treiben soll/kann.

15)

Ich rege an Die jüdischen Ausgrabungen in einem der Kölner Museen oder unter dem historischen Rathaus zur Ansicht zur Verfügung zu stellen

16)

Ich rege an Wenn Sie sich doch für den Bussmann-Vorschlag entscheiden, hierfür eine Kostenbremse zu vereinbaren

17)

Hiermit rege ich an der Rat der Stadt Köln möge beschließen, dass zu dem Bau des jüdischen Museums die Bürger in die Entscheidungsfindung, welches Bauvorhaben realisiert werden könnte mit einbezogen werden.

18)

Ich rege an Die Baukosten für das geplante jüdische Museum einmal nach diesen gängigen und bekannten Kriterien zu berechnen und dann den Bürgern das Berechnungsergebnis mitzuteilen:

a) Mache niemals Aussagen zum Kostenrahmen oder zur Durchführung eines Projektes, ehe es nicht so tief geplant ist, dass ausreichend Kostensicherheit besteht.

b) Je weiter die Planung bei der Entscheidung über den Projektstart und der ersten Veranschlagung der Kosten fortgeschritten ist, umso besser.

c) Bediene dich bei der Veranschlagung und Kommunikation der voraussichtlichen Kosten im Zweifel folgender

Daumenregeln:

(1) Grobschätzung plus 40 Prozent Zuschlag ergeben die geplanten Kosten.

(2) Geplante Kosten plus 30 Prozent Zuschlag für Unvorhergesehenes ergeben die voraussichtlichen Kosten.

(3) Voraussichtliche Kosten plus Inflationsausgleich für die Dauer von Planung und Durchführung von 20

Prozent ergeben die tatsächlichen Kosten.

- d) Nach dieser Daumenregel liegen die tatsächlichen Kosten um 120 Prozent über der Grobschätzung. Wenn es um Tunnelbau und Gründungen in kompliziertem Gelände geht, müssen die o. a. Zuschläge eher noch erhöht werden
- e) Beginne ein Projekt erst dann, wenn die nach der obigen Daumenregel erwartbaren tatsächlichen Kosten durchfinanziert sind.
- f) Vermeide jegliche Planungsänderungen in der Bauphase, mögen sie auch noch so schlüssig und verlockend sein. Das ist das Einfallstor für teure Nachträge und zieht zudem fast immer ungeplante Folgeänderungen nach sich.

15) Ich beschwere mich darüber

Wie schändlich Räte und Rätinnen mit Eigentum umgehen, dass der Stadt geschenkt, gespendet etc. worden ist. Ich zitiere hier aus Wikipedia:

Die **Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln (KMB)** ist mit über 400.000 Bänden eine der weltweit größten öffentlichen Bibliotheken zur modernen Kunst und Fotografie. Sie ging 1957 aus den Bibliotheken des Wallraf-Richartz-Museum und der des Kunstgewerbemuseums hervor und wurde 1974 mit dem Rheinischen Bildarchiv zusammengelegt. Im August 2013 wurde die Bibliothek in die Rote Liste Kultur des Deutschen Kulturrates aufgenommen und in die Kategorie 2 als gefährdet eingestuft. [1]

Seit 2004 ist die promovierte Kunsthistorikerin Elke Purpus als Nachfolgerin von Karl Stamm Direktorin der bedeutenden Spezialbibliothek. [2]

Die Bibliothek ist öffentlich zugänglich und ihre Bestände können in den beiden Lesesälen (im Museum Ludwig und im Museum für angewandte Kunst) genutzt werden.

Der Rat der Stadt Köln hatte in seiner Sitzung am 10. September 2009 beschlossen, in dem zu errichtenden Neubau des am 3. März 2009 eingestürzten Historischen Archivs der Stadt am Eifelwall unweit der Universität zu Köln auch die Kunst- und Museumsbibliothek und das Rheinische Bildarchiv unterzubringen. Am 18. Juli 2013 wurde die Verwaltung vom Rat der Stadt Köln mit der Fortsetzung der Planungen für den Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv auf dem Grundstück Eifelwall ohne die Kunst- und Museumsbibliothek beauftragt.

#### Wikipedia

„Die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln (KMB) ist mit über 400.000 Bänden eine der weltweit größten öffentlichen Bibliotheken zur modernen Kunst und Fotografie. Sie ging 1957 aus den Bibliotheken des Wallraf-Richartz-Museum und der des Kunstgewerbemuseums hervor und wurde 1974 mit dem Rheinischen Bildarchiv zusammengelegt.

Im August 2013 wurde die Bibliothek in die Rote Liste des Deutschen Kulturrates aufgenommen und in die Kategorie 2 als gefährdet eingestuft. „

#### Wikipedia:

Das Historische Archiv der Stadt Köln ist das Stadtarchiv von Köln..... Unzerstört überstand das Stadtarchiv Köln den Zweiten Weltkrieg. Mit einem Umfang von etwa 30 Kilometern Archivgut ist es das größte deutsche Kommunalarchiv.“

#### Ich zitiere weiter aus Wikipedia:

„Bereits seit 2009 war geplant, einen Neubau für das zerstörte Historische Archiv im Stadtteil Neustadt-Süd für eine gemeinsame Nutzung mit der KMB und dem Rheinischen Bildarchiv zu planen. Der 2011 als Gewinner aus einem Wettbewerb hervorgegangene Architektenentwurf des Büros Waechter + Waechter in Darmstadt sieht rund 10.400 Quadratmeter Nutzungsfläche für die Bibliothek vor.

Ich zitiere: „www.art-magazine.de - 11/07/2013 Szene Kunst-und Museumsbibliothek Köln Seite 3:

xxxZuletzt halte Oberbürgermeister Roters bei der Trauerfeier zu Ehren der verstorbenen Kunstmäzenin Irene Ludwig den Erhalt der Bibliothek zugesagt. ....“

### Begründung

In § 10 GO Wirtschaftsführung

Die Gemeinden haben ihr Vermögen und ihre Einkünfte so zu verwalten, dass die Gemeindefinanzen gesund bleiben. Auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen ist Rücksicht zu nehmen. In den letzten Jahren hat sich der Kölner Schuldenberg gigantisch erhöht. Die Kölner Bürger fordern einen maßvollen Umgang mit unserem Geld.

Räte und Rätinnen planten Projekte, die viel Geld kosteten und kosten, die Baukosten verdreifachten sich und die gigantischen Ausgaben für teure sinnlose Projekte haben den Schuldenberg noch mehr in die Höhe getrieben. Und erneut wird uns ein goldener Juwel präsentiert, ohne dass dieselben Räte und Rätinnen m.E. überhaupt wissen, um was es geht. Das kann bei bestem Willen nicht als Wirtschaftsführung bezeichnet werden:

- Die geschlossenen Schenkungsverträge mit den Eheleuten Ludwig werden nicht eingehalten
- Neun „Museen in der Sanierungsfalle“ (Stadtanzeiger 19.9.2014)
- „Landschaftsverband kritisiert Planung“ :
  - a) finanzielle Risiken
  - b) ein ungewisser Zeitplan
  - c) Unklarheit über den zur Verfügung stehenden Raum“ (Stadtanzeiger 17.09.2014)

§ 23 GO Unterrichtung der Einwohner

Gerade die Unterrichtung und Offenlegung der gesamten Vorgänge erfolgte nicht. Lediglich die Abonnenten des Kölner Stadtanzeigers erfahren Zahlen, die ständig in die Höhe schnellen.

- (1) Die Ratsmitglieder sind verpflichtet, in ihrer Tätigkeit ausschließlich nach dem Gesetz und ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugungen zu handeln.....
- (4) Erleidet die Gemeinde infolge eines Beschlusses des Rates einen Schaden, so haften die Ratsmitglieder, wenn Sie
  - a) in vorsätzliche oder groß fahrlässige Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben.....

Ich und andere Bürger können sich in keiner Weise vorstellen, dass ein Stadtrat mit gesundem Menschenverstand ohne konkrete und ehrliche Berechnung der Baukosten, der Bewirtschaftung, des Controllings und der 24stündigen Bewachung ein jüdisches Museum baut. Dies insbesondere auch unter der Berücksichtigung, dass die Haushaltsabschlüsse 2010 bis 2012 noch immer nicht vorliegen.

§ 75 GO Allgemeine Haushaltsgrundsätze

- (1) Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und so zu führen, dass die stetige Erfüllung seiner Aufgaben gesichert ist. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen .....- muss ich sicherlich nicht weiter erklären –

Noch ein paar Informationen, wie leer die Kassen der Stadt Köln sind und trotzdem ein weiteres Museum gebaut werden soll, dessen vollständige Kosten bisher verschwiegen werden

- Für die Aufgaben im Wallraf-Richartz-Museum - das wären ja auch Aufgaben eines Jüdischen Museums - scheint es der Stadt an Geld zu fehlen. Denn es werden "freiwillige Helfer gesucht für:
  - a) Kommunikation und Veranstaltungsmanagement
  - b) Vorbereitung von Ausstellungen

- c) für die Aktualisierung der Wallraf-Bibliothek
- Ich drücke es mal anders aus: Der Hauptaufgabenblock in Museen sind mit bis zu 90% die Personalkosten. Danach folgen mit großem Abstand die Kosten für den Betrieb und für den Erhalt von Gebäuden sowie die Bestandhaltungskosten. Für anderweitige Museumsaktivitäten bleibt ob wenig Spielraum. "eine vermehrt ergriffene Maßnahme zur Reduzierung der Ausgaben, die allerdings von den Museen auch durchaus kritisch gesehen wird, ist der Ausbau von ehrenamtlicher Tätigkeit und der damit möglich werdende Abbau von Personal. Oft wird hierbei nicht bedacht, dass die Arbeit mit Ehrenamtlichen der Koordination und der Betreuung durch das Museumspersonal bedarf und somit nicht nur entlastet, sondern auch belastet" Sabine Hirschle
  - Dass das Stadtarchiv und die Kunstbibliothek vorrangig vor dem dem Bau eines jüdischen Museums behandelt werden müssen, ist doch auch der Bezirksregierung Köln bekannt? Oder werden die wertvollen Kulturgüter das gleiche Ende nehmen wie die "Turnhalle des Gymnasiums Kreuzgasse?" Der Stadtanzeiger hat die zutreffende Überschrift "Verrottet und vergessen" und der Sportlehrer Johannes Örzel wird zitiert im Kölner Stadtanzeiger "xxxx wie die Stadt mit Ihrem Eigentum umgeht".
  - Spenden für die Sanierung des Reiserdenkmals "sind nicht in ausreichendem Maße zusammengekommen"

20)

In enger Kooperation mit dem Land NRW hat die Stadt Köln an der Erstellung der Broschüre „Klimawandelgerechte Metropole Köln“ mitgearbeitet.

Die Studie, die zum Teil viele Fehler aufweist und versucht uninformierte Bürger zu indoktrinieren hat aber hinsichtlich einiger Vorschläge zur Bebauung innerhalb der Stadt Köln richtig folgendes dargestellt:

Die Römer haben es in Köln richtig gemacht, vieles wurde durch den Krieg zerstört – meine Meinung -

In enger Kooperation mit der Stadt Köln wurden für die Studie ca. 60.000 EUR ausgegeben. Hier ein Auszug aus dem Ergebnis der teuren Studie hinsichtlich der Bebauung in Köln. Danach dürfte das jüdische Museum überhaupt nicht gebaut werden, weil das geplante Museum gegen alle in der Studie aufgeführten Erkenntnisse verstoßen würde:

„Zugleich wurde aufgezeigt, dass die Stadtteile genau zu betrachten sind, in denen es durch Bebauungsverdichtung oder Zunahme an Versiegelung zu einem starken Anstieg der Wärmebelastung kommen kann.  
 Im Rahmen der Fallstudie konnte anhand verschiedener Planungsvarianten gezeigt werden, dass mit Hilfe von konkreten Maßnahmen die Luftzufuhr deutlich optimiert und eine Überhitzung an heißen Tagen stellenweise deutlich reduziert werden kann. Hierzu gehören beispielsweise die Ausrichtung der Gebäude-Längsachsen in Richtung der Durchlüftungsbahnen, die Verschattung von südlich und westlich ausgerichteten Fassaden mit Bäumen beziehungsweise Fassadenbegrünung und die klimatisch optimale Anlage von Grünflächen und Parks. Im Sinne einer vorausschauenden Planung sollten diese Erkenntnisse frühzeitig bei der Stadtplanung berücksichtigt werden.....  
 .....welche Bereiche in Köln besonders klimarelevant sind und daher von dichten Bebauungen freigehalten beziehungsweise durch eine

klimaangepasste Bebauung möglichst wenig beeinträchtigt werden sollten.

**Verringerung der Überhitzung in den hochverdichteten Siedlungsbereichen**

In den hochbelasteten Siedlungsbereichen können mit Hilfe entsprechender baurechtlicher Vorschriften bei Neubauten und Altbausanierungen:

▪ die Rückstrahlwirkung (Albedo) von Dächern, Fassaden und Flächen durch die Wahl reflektierender

Materialien und heller Farben erhöht,  
n die Aufheizung von Dächern durch Dachbegrünungen  
und von Fassaden durch Verschattung (u. a. Balkone,  
Dach- und Mauervorsprünge) und Begrünung verringert,  
n die Aufheizung von Hof- und Platzflächen durch Entsiegelung,  
Baumpflanzungen, Verschattungselemente  
(Überdachungen, Pergolen, Zellplanen) und helle  
Pflasterung sowie von Straßenräumen und Fassaden  
durch Baumpflanzungen, beziehungsweise Fassadenbegrünungen,  
reduziert werden.  
Entsprechende Vorschriften müssten in Bebauungsplänen

Insbesondere bei der weiteren Bebauung von Blockinnenbereichen  
in der Innenstadt sind Ausgleichsmaßnahmen  
vor Ort zwingend mit der Baugenehmigung vorzuschreiben.  
Die aktuelle Diskussion zur Nachverdichtung  
des Innenbereichs als Folge des Bevölkerungswachstums  
und der damit verbundenen Flächenknappheit ist  
diesbezüglich kritisch zu hinterfragen."

Mit freundlichen Grüßen